

Iran vs. USA

Trumps geostrategisches Wunschdenken

Behrooz Abdolvand und Heinrich Schulz

Am 8. Mai 2018 verkündete Präsident Trump, dass sich die USA aus dem Iran-Atomabkommen (JCPOA) zurückziehen und ihre Sanktionen schrittweise wieder in Kraft setzen. Das ist Teil einer erratischen Außenpolitik, die den Grundsatz negiert: Strategisches Denken heißt vom Ende her denken!

Das Abkommen in seiner jetzigen Form sei nicht im Interesse der USA, so Trump. Mit diesem Schritt stellte er sich gegen die internationale Gemeinschaft, die nach wie vor an dem Abkommen festhält, und forderte neue Verhandlungen. Bereits am 21. Mai 2018 hatte US-Außenminister Pompeo eine Liste mit zwölf Forderungen bzw. Bedingungen an den Iran veröffentlicht, die Gegenstand von weiteren Verhandlungen sein sollten.¹ Inzwischen sind die US-Sanktionen wieder voll in Kraft getreten und als letzten Schritt haben die USA, die einigen Staaten zuvor noch Ausnahmeregelungen zum Import von Öl aus dem Iran gewährt hatten, nun ultimativ alle Länder aufgefordert, nicht mehr iranisches Öl zu importieren.² Zusätzlich erklärten die USA die iranischen Revolutionsgarden zur Terrororganisation, worauf die Antwort der Regierung in Teheran umgehend folgte, die ihrerseits das US Central Command auf ihre Terrorliste setzte.³

Indirekte Verdächtigungen, Sabotageakte an vier Tankern im Mai 2019 vor der Küste von Fujairah verübt zu haben, wies Teheran zurück und ordnete eine Untersuchung der Vorfälle an.⁴ In der Tat erscheint es unwahrscheinlich, dass der Iran für diese Sabotageakte verantwortlich ist. In Teheran demonstriert man zwar stets Stärke, allerdings wird sich die iranische Führung nicht die Blöße geben, Vorwände für einen Angriff zu geben oder diese zu provozieren.

Tatsächlich scheinen die USA und ihre Verbündeten in der Region auf weitere Eskalation zu setzen. Diese Vorfälle erinnern fatal an die Geschehnisse im Vorfeld des Dritten Golfkrieges und an die Anschuldigungen der damaligen US-Administration gegenüber Saddam Hussein,

¹ Vgl. Handelsblatt, 21.05.2018, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/atomabkommen-diese-12-forderungen-stellen-die-usa-an-den-iran/22586536.html?ticket=ST-570764-b6CaixBHqB66Er1xyVQ-ap1>

² Vgl. Der Tagesspiegel, 22.04.2019, <https://www.tagesspiegel.de/politik/usa-verschaerfen-sanktionen-trump-laesst-keine-ausnahmen-mehr-fuer-oelimporte-aus-iran-zu/24242702.html>

³ Vgl. Süddeutsche Zeitung, 09.04.2019, <https://www.sueddeutsche.de/politik/iran-revolutionsgardeauf-der-terrorliste-1.4403035>

⁴ Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 13.05.2019, <https://www.nzz.ch/international/die-feinde-irans-melden-sabotageakte-im-golf-ld.1481359>

nach denen der Irak in großem Umfang Massenvernichtungswaffen produzieren würde, was sich im Nachhinein als haltlos erwies und sich in eine Reihe von sogenannten *False-Flag*-Operationen einreihet.

Mit dieser Strategie versuchen die in dieser Frage international weitestgehend isolierten USA den Iran, der gegenwärtig infolge der erratischen Politik des Westens die Region vom Mittelmeer bis zum Hindukusch kontrolliert, an den Verhandlungstisch zu zwingen und zu Konzessionen zu bewegen. Insbesondere soll der Iran auf seine strategische Tiefe als auch auf Raketen als Mittel der Verteidigung verzichten. Diese Vorgehensweise erinnert an die US-Politik der letzten drei Dekaden auf dem Balkan und im Nahen Osten, insbesondere im Irak und in Libyen.

Das Rezept ist stets das gleiche. Es beginnt mit Propaganda und Verurteilung des jeweiligen Regimes, meistens in Verbindung mit dem Hinweis auf Verletzung von Menschenrechten oder drohender Produktion und Einsatz von Massenvernichtungswaffen. Häufig werden hier auch Vergleiche mit dem NS-Regime bzw. Adolf Hitler gezogen. Dann folgt wirtschaftlicher und finanzpolitischer Druck, womit beabsichtigt wird, die Unzufriedenheit in der jeweiligen Bevölkerung zu steigern, schließlich harte Drohungen, oft verbunden mit der Ankündigung, dass alle Optionen auf dem Tisch liegen würden, was einer militärischen Erpressung gleichzusetzen ist. Zusätzlich werden Forderungen zur Entwaffnung gestellt, damit sich die Kosten für eine spätere militärische Intervention auf ein Minimum reduzieren. Schließlich soll durch den massiven Einsatz militärischer Kräfte ein Regime Change erzwungen werden.

Von der Clinton- bis zur Trump-Administration lässt sich diese Vorgehensweise gegenüber Staaten beobachten, die ihre Unabhängigkeit in der Transformation von einer unipolaren zu einer multipolaren Weltordnung bewahren wollten. Das hat sich zwar in Ex-Jugoslawien, Libyen und im Irak bewährt, allerdings im Fall Nordkorea nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Und es gibt viele Gründe, warum diese Strategie auch im Iran nicht zum Erfolg führen wird. Es ist ausgeschlossen, dass sich dessen Regierung auf Verhandlungen unter diesen Bedingungen und mit der gegenwärtigen US-Regierung einlässt, was Revolutionsführer Khamenei in seiner Rede vom 14. Mai 2019 sehr deutlich gemacht hat.⁵

Die Gründe hierfür sind vielfältig und müssen gemäß dem Motto „Jede Zukunft hat eine lange Vergangenheit“ analysiert werden. Folglich gilt es, die von US-Außenminister Pompeo aufgestellten Forderungen aus historischer Sicht zu untersuchen, um anschließend darauf basierend die Fragen zu beantworten, was die USA wollen und wohin die Welt infolge dieser Politik driftet.

⁵ Vgl. Tagesschau.de, 15.05.2019, <https://www.tagesschau.de/ausland/iran-ayatollah-101.html>

Die US-Forderungen an den Iran

Die von US-Außenminister Pompeo aufgestellten Forderungen lassen sich grob in mehrere Kategorien einordnen. Die *erste* betrifft das iranische Atomprogramm. Hätten Trump und Pompeo den Text des JCPOA aufmerksam gelesen, wüssten sie, dass diese Punkte dort bereits berücksichtigt worden sind und zwar nicht in Form eines eindimensionalen Diktates, sondern im Sinne einer gegenseitigen Balance. Schließlich wurde zwölf Jahre über das Abkommen verhandelt und das Ergebnis stellt die Schmerzgrenze dessen dar, was aus iranischer Perspektive akzeptabel ist.

Pompeos Forderungen in Bezug auf das iranische Atomprogramm wecken in Teheran Erinnerungen an das Schicksal Libyens, das auf Druck der USA de facto kapitulierte und alle Aktivitäten in Bezug auf seine militärischen Kapazitäten eingestellt hatte. Die Nuklearanlagen wurden demontiert und per Schiff in die USA transportiert. Libyen verzichtete zusätzlich auf jede Form der Aufrüstung, stellte sein Raketenprogramm ein, das Scud-Raketen mit einer Reichweite von über 300 km beinhaltete, zahlte Entschädigungen in Höhe von mehreren Milliarden US-Dollar für das Lockerbie-Attentat, verzichtete auf den Kauf von Waffen aus Russland, um im Gegenzug mit der britischen Regierung unter Tony Blair ein Abkommen zu unterzeichnen, das die Sicherheit Libyens durch die Schutzmacht Großbritannien garantieren sollte.

Zusätzlich etablierte der damalige libysche Staatschef Gaddafi vermeintlich beste Beziehungen zu Italien und Frankreich. Das Schicksal Gaddafis und Libyens ist allgemein bekannt und man muss sich die Frage stellen, ob die US-Administration tatsächlich glaubt, dass die politisch Verantwortlichen in Teheran und die iranische Bevölkerung kein historisches Gedächtnis haben und dies alles vergessen hätten. Würde sich Pompeo also an die Stelle der Politiker in Teheran und der iranischen Bevölkerung versetzen, müsste er sich sicherlich auch die Frage stellen, warum man keinen Widerstand leisten sollte, wenn das Schicksal Gaddafis bzw. Libyens droht.

Ein Blick in die Geschichte verdeutlicht, dass am Ende in der Politik nur die Akteure ernst genommen werden, die zumindest in weiten Teilen der eigenen Bevölkerung Rückhalt genießen und sich nicht einschüchtern lassen. Nur um ein Beispiel zu nennen: Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 erklärte der damalige US-Präsident George W. Bush den Krieg gegen den Terror, dessen erstes Ziel Afghanistan sein sollte. Man wolle das Land zurück in die Steinzeit bombardieren, erklärte der damalige US-Präsident, der in seinem Feldzug gegen Afghanistan weitreichende internationale Unterstützung genoss, und tatsächlich hatte es nach den ersten Wochen des Krieges den Anschein, dass die Militärintervention erfolgreich sein würde. Seither sind über 17 Jahre vergangen und die Realität zeichnet ein anderes Bild. Inzwischen kontrollieren die Taliban wieder mehr als 60

Prozent des Landes und sowohl die US- wie auch die afghanische Regierung bemühen sich händeringend um einen Friedensvertrag mit den Taliban. Tatsächlich ist der Afghanistan-Krieg der längste Krieg, in den die USA bisher verwickelt worden sind. Grund dafür ist die Tatsache, dass sich die Taliban nicht von der Einschüchterungspolitik der USA beeindrucken lassen, während sowohl Gaddafi als auch Saddam Hussein ihre Konflikte bereits verloren hatten, bevor diese überhaupt begannen, da beide weder im eigenen Land noch in ihrem geopolitischen Hinterhof über die entsprechende Unterstützung verfügten.

Selbstredend spekulieren die USA darauf, dass durch den von ihnen ausgeübten Druck die Iraner früher oder später den Aufstand gegen das Regime proben und es stürzen wollen. Unbestritten ist gleichzeitig, dass sich eine Vielzahl der Iraner mehr Demokratie, Meinungsfreiheit, politische Partizipationsmöglichkeiten, zivile Freiheiten sowie das Ende der außenpolitischen Isolation ihres Landes wünschen und entsprechende Maßnahmen von ihrer Regierung erwarten. Aber gleichzeitig gibt es wenig Anzeichen dafür, dass die unberechenbare und erratische Politik von US-Präsident Trump aufgeht, mittels „maximalen Drucks“ die Iraner davon zu überzeugen, auf die Straße zu gehen, um das Regime zugunsten der USA zu stürzen.

Das iranische kollektive Gedächtnis hat nicht vergessen, was sich in den vergangenen Jahren in Syrien abgespielt hat. Der Aufstand dort führte nicht zu mehr Demokratie, sondern zu Bürgerkrieg und Zerstörung. Auch die Entwicklungen in anderen Ländern, wie beispielsweise in Ägypten, deuten darauf hin, dass die westlichen Länder, insbesondere die USA in ihrem Demokratieverständnis nicht vertrauenswürdig sind. In Ägypten sitzt der im Rahmen der ersten freien Wahlen demokratisch gewählte Präsident Mursi, der immerhin 80 Prozent der Stimmen erhielt, wie tausende seiner Anhänger im Gefängnis, hunderte wurden sogar hingerichtet. Stattdessen erfreut sich der ehemalige General und nun Staatspräsident Sissi breiter westlicher und saudischer Unterstützung, ließ sich kürzlich in bester Sowjetmanier per Votum und Zustimmung von 88% der Bevölkerung seine Amtszeit bis 2030 verlängern⁶, also de facto mehr oder weniger auf Lebenszeit. Alle westlichen Länder, die die sogenannte westliche Wertegemeinschaft vertreten, kooperieren nun mit dem Regime in Ägypten und unterstützen es sogar, weil ihnen ihre Sicherheitsinteressen wichtiger sind als Demokratie- und Menschenrechte.

Auch in Libyen zeigt sich ein ähnliches Bild. Während die westlichen Medien im Rahmen des arabischen Frühlings den Niedergang Gaddafis feierten und eine neue Ära anbrechen sahen, schickt sich nun General Haftar mit Unterstützung Ägyptens, Saudi-Arabiens und des Westens an, die Macht zu übernehmen. Es ist mehr als offensichtlich, dass auch hier die

⁶ Vgl. Zeit Online, 23.04.2019, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-04/referendum-aegypten-praesident-al-sissi-verfassung>

Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen die Beweggründe westlicher Staaten für ihr Handeln sind und nicht ihr Einsatz für Demokratie und Menschenrechte.

Zweitens zielen die Forderungen Pompeos auf das iranische Raketenprogramm, das der Iran nun aufgeben soll. Einerseits verhindern die USA seit 40 Jahren, dass sich der Iran auf dem internationalen Waffenmarkt mit High-Tech-Waffen versorgen kann. Andererseits verkaufen die USA und andere westliche Staaten Waffen in einem Umfang von hunderten Milliarden US-Dollar an Länder wie Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und andere Golfstaaten. Diese Länder haben sich nach der Revolution im Iran im Golfkooperationsrat zusammengeschlossen, um die Auswirkungen der iranischen Revolution auf die eigene Gesellschaft zu neutralisieren. Im Golfkooperationsrat betreiben sie mit Unterstützung der USA eine anti-iranische Eindämmungspolitik. Saudi-Arabien war nach Angaben des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI in den letzten Jahren weltgrößter Rüstungsimporteur und belegte bei Militärausgaben mit 67,6 Mrd. US-Dollar 2018 den dritten Platz weltweit, während Iran 13,2 Mrd. US-Dollar ausgab.⁷

Während des achtjährigen Krieges zwischen Irak und Iran haben Kuwait und Saudi-Arabien Saddam Hussein mit 140 Mrd. US-Dollar unterstützt. Die Iraner zogen aus den Erfahrungen dieses Krieges die Schlussfolgerung, dass ihre Flugzeuge, Schiffe und Panzer nicht die nötige Reichweite haben, um tief ins feindliche Gebiet vordringen zu können. Vor diesem Hintergrund hat der Iran eigene Kapazitäten geschaffen, um selbst moderne Raketen entwickeln und produzieren zu können. Die Erfahrungen aus dem Krieg gegen den Irak sind in diesem Zusammenhang prägend. Während des sogenannten „Städtekrieges“ gab es zahlreiche Opfer im Iran durch Raketenangriffe aus dem Irak, der seine Raketen von der Sowjetunion und westlichen Staaten geliefert bekam.

Der Iran hat nun allerdings wiederholt erklärt, dass sein Raketenprogramm ausschließlich Verteidigungszwecken dient und nicht einem Angriffskrieg. Trotzdem fordert US-Präsident Trump, dass der Iran auf die Produktion eigener Raketen verzichten müsse. In seiner Rede vom 14. Mai betonte Revolutionsführer Khamenei, dass man nicht auf die eigenen Raketen verzichten könne, da der Iran sich sonst nicht gegen drohende Angriffe verteidigen könne. Er erinnerte an den Irak, der sein Raketenarsenal abgebaut hatte und nicht mehr in der Lage war, sich gegen die USA zu verteidigen.

Im iranischen kollektiven Gedächtnis sind die Erfahrungen aus dem 20. Jahrhundert sehr präsent, schließlich musste das Land mehrere Niederlagen verkraften, weil es eben nicht in der Lage war, sich mit modernen Waffen zu verteidigen. Obwohl der Iran im Ersten Weltkrieg seine Neutralität erklärte, wurden Teile des Landes vom Osmanischen Reich, England und Russland okkupiert. Im Zweiten Weltkrieg widerfuhr dem Land ein ähnliches Schicksal.

⁷ Vgl. Military Spending and Arms Imports by Iran, Saudi-Arabia, Qatar and the UAE, SIPRI Fact Sheet, May 2019, S. 2-3.

Obwohl es erneut seine Neutralität erklärte, wurde es von den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition in Einflusszonen geteilt und besetzt.

Nach dem Krieg etablierte sich im Iran ein demokratisches System, das allerdings durch einen vom US-Geheimdienst unterstützten und finanzierten Militärputsch zerschlagen wurde. In der Folge wurde Premierminister Mossadegh verhaftet und viele seiner Anhänger, so auch sein Außenminister Fatemi, hingerichtet, der Schah als Staatsführer eingesetzt. Die Verstaatlichung der Ölindustrie wurde aufgehoben und der Ölsektor widerrechtlich einem Konsortium bestehend aus verschiedenen westlichen Konzernen überlassen. Als Reaktion auf den Militärputsch und das autoritäre sowie totalitäre System unter dem Schah kam es zur iranischen Revolution. Während des achtjährigen Krieges gegen den Irak war kein Land bereit, Iran Waffen zu verkaufen und folglich waren die Iraner gezwungen, eigene Kapazitäten zu schaffen, um sich verteidigen zu können, damit sich das Schicksal der beiden Weltkriege sowie des Ersten Golfkriegs nicht wiederholt.

Nun verlangt US-Außenminister Pompeo, dass der Iran seine Raketenproduktion einstellt, gibt aber keine Antwort darauf, wie sich das Land verteidigen soll, gerade vor dem Hintergrund der umfangreichen Waffenlieferungen der USA an Saudi-Arabien. Als Konsequenz der bisherigen Erfahrungen ist es aus iranischer Perspektive nur zu gut nachvollziehbar, dass man unter keinen Umständen bereit ist, über die Waffenproduktion zu verhandeln, würde dies doch die Sicherheit des Landes absolut in Frage stellen und einer Einladung zu einer militärischen Intervention gleichkommen.

Drittens solle Iran seine Unterstützung aller Gruppierungen, die ihm als sogenannte Proxies dienen und von den USA als Fundamentalisten bezeichnet werden, vom Mittelmeer bis zum Hindukusch sowie vom Horn von Afrika bis Zentralasien, einstellen. Interessanterweise beklagt Pompeo gleichzeitig und kritisiert Revolutionsführer Khamenei persönlich dafür, dass der Iran nichts unternehmen würde, um die muslimischen Uiguren in China vor Repressionen durch die chinesische Regierung zu schützen, während letztere die bewaffneten uigurischen Widerstandskämpfer als aus ihrer Sicht terroristische Organisation bekämpft.⁸ Tatsächlich stehen die uigurischen Widerstandskämpfer dem Wahhabismus nahe und werden von Saudi Arabien sowie den USA unterstützt.

Dies ist nur eines von vielen Beispielen für das Handeln des Westens, das sich stets durch das Setzen von Doppelstandards auszeichnet. Fundamentalismus ist offensichtlich inakzeptabel, wenn er sich gegen die Interessen der USA bzw. des Westens richtet, wird aber toleriert und, ohne über etwaige Konsequenzen nachzudenken, sogar gefördert, wenn es eigenen Interessen dienlich ist. Das zeigte jedenfalls die massive Unterstützung der USA

⁸ Vgl. Bloomberg, 14.09.2018, <https://www.bloomberg.com/news/articles/2018-09-14/pompeo-hits-iran-leader-for-silence-on-china-s-detained-muslims>

für die Mudschaheddin in Afghanistan, aus denen später Gruppierungen wie die Taliban oder al-Qaida hervorgingen.

Bei genauerer Betrachtung der jüngeren Geschichte wird deutlich, dass die Entstehung der iranischen „Proxies“ nicht auf eine aktive iranische Expansionspolitik zurückgeht, sondern vielmehr Resultat bzw. Reaktion des Iran wie auch der Schiiten in der ganzen Region auf die erratische Politik des Westens, insbesondere der USA, ist. Die US-Regierung verlangt von Teheran, dass es seine Unterstützung für die Hisbollah, Syriens Präsident Assad, die Schiiten im Irak und im Jemen sowie die Taliban in Afghanistan einstellt und, mehr noch, dazu beiträgt, dass sich diese Gruppierungen auflösen. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund ist auch das von den USA gegen den Iran verhängte Öl-Embargo zu sehen, womit der finanzielle Spielraum der iranischen Regierung eingeengt und dadurch deren Möglichkeiten zur Unterstützung verbündeter Gruppierungen beschnitten werden soll. Zunächst muss man sich jedoch die Frage stellen, wie dieser Einfluss des Iran eigentlich zustande gekommen ist.

Beginnen wir mit den Entwicklungen im Libanon: 1982 drangen israelische Truppen dort ein, um die palästinensische Widerstandsbewegung, die eine gewisse militärische Größe erreicht hatte, innerhalb kurzer Zeit zu vernichten. Infolge der Militärintervention verließen Arafats Truppen den Libanon. Nachdem sich Israel in den Süden des Landes zurückgezogen hatte, marschierten US-Truppen und westliche Verbündete in das Land ein, um vermeintlich für Stabilität zu sorgen. Diese Besetzung stieß auf Widerstand in der libanesischen Bevölkerung, folglich bildeten sich verschiedene paramilitärische Gruppierungen, die die jeweiligen ethnischen und religiösen Gruppierungen im Libanon repräsentierten. Um ihre Überlebenschancen zu erhöhen, suchten sie internationale Unterstützung bei verschiedenen Regierungen. Die sunnitischen Gruppierungen erhielten diese von Saudi-Arabien, den Arabischen Emiraten und Kuwait, die Maroniten und Falangisten vom Westen. Konsequenterweise wandten sich die Schiiten an den Iran, in dem erst kurz zuvor die Revolutionäre die Macht übernommen hatten.

Israel richtete im Süden Libanons eine Pufferzone ein, damit die Palästinenser das Gebiet nicht wieder als Rückzugsgebiet nutzen konnten. Der Südwesten des Libanon ist Siedlungsgebiet der Christen, der Südosten des Landes Siedlungsgebiet der Schiiten. Die Schiiten fühlten sich von den israelischen Besatzungstruppen unterdrückt und leisteten Widerstand. Im Jahr 2000 zog sich Israel nach fast 20 Jahren der Besatzung aus dem Libanon aufgrund der schweren Verluste zurück. Als Resultat des Widerstandes gegen die israelische Besatzung war eine starke militärische Gruppierung entstanden, die ihre Aufgabe im Schutz der Schiiten innerhalb des Libanon, aber auch gegen Israel definierte. Es gelang der Hisbollah, sich zunehmend zu bewaffnen und sich als eine Art Regulationsmacht innerhalb des Libanon, aber auch im Nahen Osten zu etablieren. Wozu sie inzwischen fähig

ist, hat die Hisbollah im Krieg gegen israelische Truppen 2006 und im Kampf gegen den IS und andere fundamentalistische sunnitische Gruppierungen in Syrien seit 2009 unter Beweis gestellt.

US-Außenminister Pompeo behauptet stets, dass der Iran Drahtzieher und damit verantwortlich für diese Entwicklung sei. Diese Behauptung ist unzutreffend, denn es gilt zu berücksichtigen, dass es bereits zu Zeiten des Schahs all diese politische Bewegungen gab und diese nicht auf die iranische Revolution zurückzuführen sind. Diese Bewegungen sind vielmehr das Produkt des psychologischen Reaktionsvermögens der Menschen, die sich benachteiligt fühlen. Als ehemaliger CIA-Chef sollte Pompeo nur zu gut wissen, dass diese Entwicklungen und Gruppierungen nicht iranischen Aktivitäten zuzuschreiben sind, wie vor allem die Entwicklungen im Irak und in Syrien zeigen.

Das Scheitern westlicher und arabischer Interventionspolitik in Syrien und im Irak

In Syrien fanden 2011 die ersten Demonstrationen gegen Machthaber Assad statt, die schnell zu bewaffneten Auseinandersetzungen und zu einer starken militärischen Reaktion der Assad-Regierung führten. Als Folge versank das Land in einem Bürgerkrieg, der bis heute andauert. Dem Assad-Regime war es stets gelungen, einen Ausgleich zwischen der sunnitischen Bevölkerungsmehrheit und den verschiedenen Minderheiten, darunter Christen, Kurden, Alawiten, Schiiten, Jesiden, Juden und Drusen, herzustellen. Im Westen ging man jedoch davon aus, dass das Assad-Regime aufgrund mangelnden Rückhalts in der Bevölkerung schnell gestürzt werden würde, sodass man die Freie Syrische Armee, aber auch verschiedene fundamentalistische Gruppierungen unter dem Deckmantel der Demokratieförderung unterstützte, damit diese gegen die Truppen Assads vorgehen.

Tatsächlich aber entwickelte sich Syrien zu einem Sammelbecken für sunnitische Fundamentalisten, die sowohl aus westlichen Staaten, beispielsweise Frankreich, England, Deutschland, Norwegen, Australien, als auch arabischen Ländern, wie Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Jordanien, Tunesien, Marokko oder Algerien einströmten. Es kamen auch radikale Tschetschenen und Uiguren, die über die Türkei und durch deren aktive Mithilfe in das Bürgerkriegsland geschleust wurden, um den Widerstand gegen das Assad-Regime zu unterstützen. Sehr schnell bildeten sich radikale sunnitische Gruppierungen, der IS ist die nur bekannteste unter ihnen.

Allerdings hat man im Westen unterschätzt, dass ein nicht unwesentlicher Teil der sunnitisch-arabischen Bevölkerung Syriens einen säkularen Staat befürwortet. Sie sind überwiegend in der Baath-Partei organisiert und profitieren von ihrer Kooperation mit dem

Assad-Regime. Folglich haben sie kein Interesse, sich Gruppierungen wie dem IS oder der Freien Syrischen Armee anzuschließen.

Nachdem im Irak das Regime von Saddam Hussein durch die US-Armee beseitigt und die dortige Baath-Partei sowie die Armee aufgelöst worden waren, bildeten sich aus den Resten der irakischen Armee und Fundamentalisten aller Schattierungen ebenfalls Widerstandsgruppen, die sich mit den Gruppierungen in Syrien solidarisierten. Schließlich schlossen sich die Gruppen zum „Islamischen Staat“ unter der Führung von Abu Bakr Al-Baghdadi zusammen. Als ersten großen Erfolg konnte der IS die Eroberung von Mossul verzeichnen. Die irakische Armee unter Führung sunnitischer Generäle leistete keinen Widerstand, und so war es ein Leichtes für den IS, die Stadt, inklusive der Militärbasis, einzunehmen und unter Kontrolle zu bringen. Nach Eroberung der Militärbasis wurden 2.000 junge schiitische Rekruten im Alter von 17 bis 21 Jahren brutal ermordet und viele Angehörige der ethnischen und religiösen Minderheiten, wie die Jesiden, versklavt. Für die US-Armee wäre es mittels ihrer Luftwaffe ein Leichtes gewesen, den Vormarsch des IS auf Mossul zu stoppen, aber sie unternahm nichts und wartete ab.

Die Machtübernahme des IS in Syrien und im Irak versetzte die Schiiten in der Region in Alarmbereitschaft, schließlich wurde ihnen bewusst, dass es das Ziel der sunnitischen Fundamentalisten war, mit Unterstützung Saudi-Arabiens, der Vereinigten Arabischen Emirate, Katars, Kuwaits, Jordaniens, der Türkei und westlicher Staaten die Schiiten zu unterdrücken. Als Reaktion folgte die Fatwa (islamische Rechtsprechung) von Ajatollah Sistani, der die Schiiten dazu aufrief, sich zu bewaffnen und zu verteidigen. Es entstanden zahlreiche schiitische Milizen im Irak, die sich schließlich zur Freischärlerarmee Al-Haschd asch-Schabi formierten.

Ferner gilt es den Umstand zu berücksichtigen, dass das internationale Schiitentum den Iran als seine religiöse Heimat und Schutzmacht betrachtet. Sowohl Syrien als auch der Irak baten den Iran um Hilfe, und dieser hatte aufgrund der islamischen Gesetze keine andere Wahl, als Unterstützung zu gewähren. Auch die Hisbollah folgte diesem Hilferuf und begann, sich als erstes in Syrien zu engagieren, während sich anschließend schiitische Kämpfer aus aller Welt der Unterstützung anschlossen. Die Kombination aus dem internationalen Schiitentum, mit der Unterstützung aus dem Iran, und das späte Eingreifen Russlands wie auch der USA führten zur Vernichtung der sunnitischen Fundamentalisten unter dem Schirm des IS. Der Iran konnte also durch geschicktes Handeln zum Schutz der Schiiten in allen jüngeren Konflikten in der Region, ausgelöst durch die westliche, aber auch arabische Einmischungspolitik, profitieren und Macht sowie Einfluss vergrößern.

Nun fordern Außenminister Pompeo und Präsident Trump, dass sich die Schiiten entwaffnen lassen und zurückziehen, sogar, dass der Iran bei der Auflösung der Gruppen Unterstützung leistet. Hier ist die berechtigte Frage zu stellen, ob die US-Administration tatsächlich glaubt,

dass sich die schiitischen Milizen auflösen würden, die gerade noch um ihr Überleben gekämpft haben, selbst für den hypothetischen Fall, dass der Iran dazu aufrufen würde. Außerdem sind die USA am stärksten in der Region präsent und engagiert. Folglich sollten sie mächtig genug sein, die Auflösung der Milizen selbst durchzusetzen. Zu berücksichtigen ist ferner, dass die USA unter keinen Umständen selbst bereit wären, die Unterstützung für ihre Proxies einzustellen, somit können sie das auch nicht vom Iran erwarten. Es geht hier nicht um Wunschpolitik, sondern um einen Balance-Akt, der auf Interessen und auf einem Kampf ums Dasein basiert, der durch ein Gleichgewicht des Schreckens fundiert ist. Die Schiiten befinden sich in einem Überlebenskampf sozialdarwinistischer Prägung und folglich werden sie nicht ohne weiteres aufgeben.

Einen Beleg für die Existenzängste der Schiiten stellt die jüngste Hinrichtungswelle in Saudi-Arabien dar, im Rahmen derer 33 schiitische Häftlinge brutal hingerichtet worden sind. Der Westen verkauft trotzdem weiter Waffen an Saudi-Arabien und so sollte es nicht verwundern, wenn auch die Schiiten in Saudi-Arabien eines Tages den bewaffneten Aufstand proben. Es ist also nicht eine Frage der Vergrößerung des Einflusses des Iran, sondern es handelt sich vielmehr um einen Überlebenskampf der Schiiten, die über mehr als ein Jahrtausend unter dem Joch der Sunniten gelitten haben.

Dass die USA kein Verständnis für die Lage im Nahen Osten haben, wird einmal mehr aus den Signalen aus Washington deutlich, wonach erwogen wird, die Muslimbruderschaft auf die Terrorliste zu setzen.⁹ Alle Kenner des Nahen Ostens wissen, dass die türkische Regierung unter Erdogan und dessen Partei Teil dieser gemäßigten internationalen Sunnitenbewegung sind, die ebenfalls ihre Macht und ihren Einfluss erweitern möchte. Auch die Regierung Katars und Ägyptens ehemaliger Präsident Mursi sind der Bewegung zuzurechnen. Folglich bedeutet, die Muslimbruderschaft auf die Terrorliste zu setzen, das NATO-Mitglied Türkei, das den NATO-Stützpunkt Incirlik beherbergt, als Terroristen zu bezeichnen, worüber die türkische Regierung alles andere als amüsiert ist. Sollten die USA tatsächlich diesen Fehler begehen, wird eine geostrategische Gemengelage entstehen, der sie nicht mehr Herr werden können. Die Muslimbrüder in der Türkei, die sich durch den letzten Militärputsch brüskiert fühlen und mit voller Härte gegen diesen vorgehen, betrachten dies als Versuch des Westens, die Türkei zu destabilisieren; folglich orientiert sich die Türkei ebenfalls in Richtung Teheran und wird zu einem strategischen Partner Teherans im Kampf der Kulturen.

Basierend auf den Ausführungen Samuel P. Huntingtons und Heinrich Schmitthenners betrachten die USA die Welt als passive und aktive Räume. Während aktive Räume ihre Macht und ihren Einfluss erweitern wollen, sind die passiven Räume Gegenstand der sich daraus ergebenden Interessen-Divergenzen. Brzezinski bezeichnete den Nahen Osten als

⁹ Vgl. BBC, 30.04.2019, <https://www.bbc.com/news/world-us-canada-48111594>

„Eurasischen Balkan“. Auf dem Balkan führte die Vielfalt von religiösen und ethnischen Gruppierungen zu Konflikten, die Unabhängigkeitsbestrebungen der verschiedenen Gruppierungen wurden von Fremdmächten für ihre Zwecke instrumentalisiert. Nach Brzezinski ist der Nahe Osten ein durchdringbarer Raum, der Gegenstand von Interessen anderer Mächte ist und gegenwärtig auch die Ambitionen Chinas weckt. Die westlichen Mächte sind nicht daran interessiert, dass sich starke Regionalmächte etablieren, die unabhängig von ihm eigene Interessen formulieren. Wenn Länder allerdings Verbündete des Westens sind, dann dürfen sie sich bewaffnen; die Verletzung von Menschenrechten oder die Verfolgung von Minderheiten wird billigend in Kauf genommen, wie es in Saudi-Arabien der Fall ist. Wenn sich ein Land erlaubt, unabhängig vom Westen eigene Interessen zu formulieren, dann werden die USA und die westlichen Staaten zu „Rettern der Menschenrechte“ und versuchen, mit allen Mitteln den Gegner zu schwächen, wozu auch die Unterstützung von Terrorgruppen zählt, wie die bereits erwähnte Uiguren-Bewegung. Was aber wird die Konsequenz dieser Politik sein?

Weltmacht USA?

Die USA, die nach dem Ende des Kalten Krieges gerne als einzige Weltmacht bezeichnet werden, sind voll im Nahen Osten engagiert und haben die Anschläge vom 11. September instrumentalisiert, um ihre Präsenz in Zentralasien und im Kaukasus zu verstärken. Als Folge davon haben sich zahlreiche Widerstandsbewegungen gegründet, denen die USA nicht Herr werden können und die sie in kostspielige Auseinandersetzungen verwickeln.

Als einzige Weltmacht in einer unipolaren Welt haben die USA viel Geld im Nahen Osten vergeudet und letztendlich dazu beigetragen, dass ihre Gegner gestärkt worden sind. Während die USA in den letzten zwei Dekaden in zahlreiche Kriege verwickelt wurden, hat sich Russland vorübergehend zurückgezogen und ist nun mit Erfolg auf die Weltbühne zurückgekehrt. China als Profiteur des Kalten Krieges genoss seit 1972 die Unterstützung des Westens und zeigt nun immense Ambitionen zur Machterweiterung. Die USA suchen die Flucht nach vorn und wollen zwei Ziele auf einmal erreichen. *Erstens* wollen sie nicht zulassen, dass sich Iran als Regionalmacht weiter etabliert, *zweitens* eine Machterweiterung Russlands und Chinas verhindern. Die Realität zeigt, dass das Potenzial der USA nicht mehr ausreicht, um diese Ziele zu erreichen. Die einzige Möglichkeit bestand in der Politik Obamas, der die Interessen des Iran anerkannte und versuchte, ihn an den Westen zu binden und vorsichtig als verbündete Regionalmacht zu gewinnen. Die Politik von Präsident Trump und der einseitige Rückzug aus dem JCPOA bedeuteten ein Ende der Bestrebungen, den Iran zu integrieren. Mehr noch, den Schiiten in der Region wird signalisiert, dass sie den USA keinesfalls vertrauen können. Vielmehr befördert die US-Politik nur

Autarkiebestrebungen und führt dazu, dass sich der Iran nach anderen Partnern, nicht im Westen, sondern im Osten umschaute, um eine Balance zu eigenen Gunsten herzustellen. Diese Entwicklung hat weltumspannende Bedeutung.

Eine neue Weltordnung

Als die USA die bipolare Systemauseinandersetzung für sich entschieden und als einzig verbliebene Weltmacht eine stolze Globalpolitik präsentiert hatten, deklarierte Francis Fukuyama das Ende der Geschichte. Aus US-Sicht würde das liberale Wirtschaftsmodell letztendlich die Welt erobern, aber in Konsequenz der eigenen Naivität müssen die USA nun feststellen, dass die Globalisierung für sie zwar Vorteile brachte aber auch gravierende Nachteile hat. Die Kapitalkreise konnten sich zwar bereichern, allerdings büßten die USA massiv an Industriepotenzial ein, wurden zum größten Konsumentenmarkt der Welt heruntergewirtschaftet und haben ein permanentes Außenhandelsdefizit; dementsprechend droht ein entsprechender wirtschaftspolitischer Bedeutungsverlust. Den einzigen ökonomischen Trumpf, den die USA wirtschaftspolitisch in der Hand halten, ist die Weltherrschaft des US-Dollar als Überbleibsel aus der Post-Kalter-Krieg-Ära. Davon machen die USA reichlich Gebrauch, nicht nur gegenüber Ländern wie Nordkorea oder Iran, sondern auch gegenüber Weltmächten wie Russland.

Zudem hat die Kritik von Trump an den NATO-Verbündeten für weitere Diskrepanzen im westlichen Lager gesorgt. Die Rückkehr Russlands auf die Weltbühne, das Auftreten Chinas als neue Wirtschaftsmacht, die Unentschlossenheit der EU, die anscheinend den USA nicht mehr in jeder Frage folgen, wie das Festhalten am JCPOA zeigt, bedeuten, dass sich eine neue Weltordnung anbahnt. Deutliche Anzeichen davon sind die neo-merkantilistische Wirtschaftspolitik von US-Präsident Trump, die zu zusätzlichen Meinungsunterschieden und Handelskonflikten mit den westlichen bzw. europäischen Staaten sowie Russland und China führt. Durch diese globalen Entwicklungen, die eine Schwächung der USA und eine Stärkung anderer Akteure bedeutet, vollzieht sich langsam aber sicher ein Übergang von einer unipolaren zu einer multipolaren Weltordnung.

Dabei ist ein Konflikt mit dem Iran nicht ein Konflikt mit einem Land, sondern der Konflikt richtet sich gegen eine ganze Region bzw. Religion. Durch die Fehler, die die USA in den vergangenen Jahrzehnten im Nahen Osten gemacht haben, konnte sich der Iran zu einer Regionalmacht mit großem Einfluss entwickeln. Teilweise tritt dieser sogar als Schutzmacht für religiöse Gruppen auf, insbesondere die Schiiten, aber auch für andere wie Christen oder Jesiden, wie die Beispiele Syrien, Irak oder Libanon zeigen. Den politischen Konflikt mit den USA wird der Iran nicht verlieren, sondern er könnte sogar eher zu einer Stärkung der Nationalökonomie führen, da der Iran über eine breite industrielle Grundlage verfügt.

Falls sich die USA tatsächlich für eine militärische Auseinandersetzung gegen den Iran entscheiden, werden sie nicht nur diesen, sondern die ganze Region vom Mittelmeer bis zum Hindukusch gegen sich haben und auf massiven Widerstand aller Schiiten treffen, die sich in ihrer Existenz bedroht fühlen. Das wird den Untergang des US-Einflusses in der Region weiter beschleunigen und den Iran stärken.

Alle jüngeren Konflikte in der Region, wie in Syrien, im Irak oder auch Afghanistan haben verdeutlicht, dass stets der Iran davon profitieren und seinen Einfluss erweitern konnte. Abgesehen davon verlieren die westlich orientierten Kreise im Iran zunehmend an Einfluss, wohingegen die konservativen Hardliner, die sich mehr in Richtung Osten orientieren, an Macht und Bedeutung gewinnen und weiterhin von der Situation profitieren werden, sollten die US-Sanktionen aufrecht erhalten werden. Die Ankündigung des Iran, dass er sich teilweise aus dem JCPOA zurückziehen werde und die Drohung gegenüber den Europäern, sich vollständig zurückzuziehen, sollten nicht innerhalb von 60 Tagen ernsthafte Fortschritte erzielt werden¹⁰, sind bereits als Anzeichen des Drucks, der von den konservativen Kreisen im Iran ausgeübt wird, zu deuten. Interessanterweise zeigen sowohl Russland als auch China Verständnis für diesen politischen Kurs Teherans.

Die Signale Chinas, aber auch Indiens und der Türkei deuten darauf hin, dass Länder wie Indien oder die Türkei als Verbündete der USA dessen exterritoriale Gesetze nicht mehr akzeptieren wollen, was ein Gesichtverlust für die Weltmacht USA bedeutet, die den Iran zur Raison bringen wollen. Auch die EU stellt sich in der Sanktionsfrage gegen die USA. Die Politik Trumps, mit der er den Iran schädigen möchte, hat massive Auswirkungen auf die Macht der USA und führt zu ihrer Schwächung. Anzeichen dafür sind auch deren Verhandlungen mit Nordkorea. Alle Beobachter wissen, dass Nordkorea unter dem massiven Einfluss Chinas steht und darüber hinaus bis zu einem gewissen Grad auch die Unterstützung Russlands genießt. Normalerweise verhandelt ein Präsident der USA nur mit Großmächten, und wenn nun der US-Präsident mit dem Machthaber Nordkoreas verhandelt, der nichts weiter als der Statthalter Pekings ist, degradiert er sich zu einem Hampelmann der Geschichte. Die Vorstellung, dass Nordkorea selbst entscheidet, ist naiv; Kenner der Balance-of-Power-Politik wissen, dass die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen werden, aber mit Sicherheit den Machtverlust der USA demonstrieren. Wir stehen an der Schwelle zu einer neuen Balance-of-Power-Politik.

Quo vadis EU?

Sollten die westlichen Staaten, insbesondere die USA, den Druck auf den Iran weiter in dieser Form aufrechterhalten oder sogar noch zusätzlich erhöhen, wird sich dieser weiter in

¹⁰ Vgl. Tagesschau.de, 08.05.2019, <https://www.tagesschau.de/ausland/iran-abkommen-107.html>

Richtung Russland und China bewegen, was letztendlich zu einer Stärkung der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit führen wird, was wiederum nicht im Interesse des Westens sein kann. Erste Signale Russlands und Chinas zur Integration des Iran in die Shanghaier Gruppe gibt es bereits.

Ein Ausweg aus diesem Szenario besteht nur in der Rückkehr zur Politik des vorigen US-Präsidenten Obama und zum JCPOA. Revolutionsführer Ajatollah Khamenei hat deutlich gemacht, dass er unter keinen Umständen bereit ist, auf die Unterstützung der iranischen Proxies und auf das Raketenprogramm zu verzichten. Folglich gilt es, eine Politik zu formulieren und zu implementieren, die es allen beteiligten Akteuren erlaubt, ihr Gesicht zu wahren, was eine Chance für die Europäische Union bedeutet, sich außenpolitisch zu profilieren, so sie es denn will. Sie muss sich nun entscheiden, welche Rolle sie in Zukunft spielen möchte. Im Rahmen des sich zuspitzenden Iran-Konfliktes wird sie zunehmend an den Rand gedrängt und nimmt gegenwärtig nur noch die Rolle des Zuschauers ein, ohne noch auf das Geschehen einwirken zu können, da längst andere Akteure den Takt vorgeben. Die EU muss sich nun folglich gegenüber dem transatlantischen Verbündeten emanzipieren, will sie bzw. ihre Mitgliedstaaten auch in Zukunft als gewichtiger außenpolitischer Akteur auftreten.

Ferner gilt es aus Perspektive der EU dem in der Vergangenheit stets erfolgreichen Ansatz „Wandel durch Handel“ weiter zu folgen und wirtschaftlich mit dem Iran zu kooperieren, um nicht weiter an Einfluss gegenüber diesem zu verlieren, sondern auch zukünftig Mitspracherecht zu haben. Noch ist ein kleines Zeitfenster für diplomatische Anstrengungen zur Lösung des Konfliktes gegeben, wie der Vorschlag des iranischen Außenministers Sarif bezüglich eines Nichtangriffspaktes zwischen dem Iran und den Mitgliedstaaten des Golfkooperationsrates zeigt.¹¹

Als Alternative zur Entspannungspolitik ist nur ein düsteres Szenario denkbar. Das weitere Schüren des Regionalkonflikts bis hin zum Krieg hätte verheerende Konsequenzen nicht nur für den Iran oder die arabische Halbinsel, sondern für die ganze Welt. Der internationale Flugverkehr käme zum Erliegen, da alle internationalen Flughäfen in der Region nicht mehr nutzbar wären. Die Wasserentsalzungsanlagen Saudi-Arabiens, Katars und der Vereinigten Arabischen Emirate wären Ziele von Angriffen, mit der Konsequenz des Ausfalls der Wasserversorgung in diesen Ländern und der damit verbundenen gesellschaftlichen Folgen. Die Öl- und Gasproduktionsanlagen in der Region wären ebenfalls Ziele der militärischen Auseinandersetzung, sodass die Energiepreise um ein Vielfaches steigen würden. Folglich wäre die Welt mit einer globalen Wirtschaftskrise und Europa mit einer neuen Flüchtlingskrise konfrontiert, während die USA in einen Langzeitkrieg verwickelt würden,

¹¹ Vgl. Tehran Times, 27.05.2019, <https://www.tehrantimes.com/news/436386/Zarif-proposes-regional-non-aggression-pact>

dessen Konsequenzen nicht absehbar wären. Davon würden wiederum vor allem Russland und China profitieren, was nicht im Interesse des Westens sein kann. Auch Präsident Trump und seine Administration sollten ihre Strategie vom Ende her denken: Sie bedeutet Krieg und den immensen Machtverlust der USA. Der Untergang des Römischen Reiches dauerte 300 Jahre, wie lange wird der Niedergang der US-Hegemonie dauern?

Langfassung eines Textes, der in WeltTrends Nr. 153, Juli 2019, erschien.

Dr. Behrooz Abdolvand

geb. 1956, Politikwissenschaftler, bis 2015 Lehrbeauftragter, Koordinator und Forschungsdirektor für internationale Beziehungen und Energiepolitik der Greater-Middle-East-Region am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, seit 2014 geschäftsführender Gesellschafter der DESB GmbH.

Dr. Heinrich Schulz

geb. 1981, Politikwissenschaftler, seit 2015 geschäftsführender Gesellschafter der DESB GmbH.